

2020.SR.000321

Kleine Anfrage Fraktion SVP (Niklaus Mürner/Alexander Feuz, SVP): Alle sind gleich, RGM und die Linken sind gleicher. Ist das rechtsstaatlich und demokratisch vertretbar?

Neulich ist vermehrt und gehäuft festzustellen, dass der Gemeinderat nicht gewillt ist, gegen Sachbeschädigungen, Rechtsbrüche, Besetzungen, Nötigungen etc. von RGM und den Linksextremen durchzugreifen.

Exemplarische, beliebig erweiterbare Beispiele aus der jüngsten Zeit:

- Tagelange Duldung Besetzung Bundesplatz
- Zerstörung eines Kunstwerks im Schulhaus Wylergut ohne Strafanzeige.
- BLM-Demonstranten ohne Maske und über 300 Demonstranten werden nicht sanktioniert
- Unbewilligte Migranten-Demo vom 22.9.2020, keine Strafanzeige gegen die Strippenzieher

In diesem Zusammenhang stellen sich die folgenden Fragen, um deren Beantwortung der Gemeinderat höflich ersucht wird.

1. Gelten für linke oder RGM-Rechtsbrüche andere gesetzliche Grundlagen? Falls nein, weshalb wird niemals durchgegriffen?
2. Wo (Link, internes Papier etc.) wird aufgeführt, unter welchen Umständen der Gemeinderat trotz gesetzlichem Auftrag untätig bleibt? Falls ein solches Papier fehlt, wie sichert sich der Gemeinderat gegen Willkür ab?

Bern, 15. Oktober 2020

Erstunterzeichnende: Niklaus Mürner, Alexander Feuz

Mitunterzeichnende: Hans Ulrich Gränicher, Kurt Rüeeggsegger, Thomas Glauser, Janosch Weyermann